

| DEMOKRATIE AN DER SCHULE |

Diktatur im Klassenzimmer?

Regelmäßig äußern Schülervertretungen Kritik an zu geringen Mitwirkungsmöglichkeiten in der Schule. Die Landesschülervertretung Rheinland-Pfalz sagt jetzt, unter einem eigenmächtigen Schulleiter lebe man „wie in einer Diktatur“. Über solch harte Worte schüttelt man im Bildungsministerium nur den Kopf. Ein Bund-Länder-Projekt ist seit Jahren um einen Kompromiss und mehr Demokratie an der Schule bemüht.

VON PM-REDAKTIONSMITGLIED
THOMAS ARNDT

Zweibrücken. Die „LandesschülerInnenvertretung der Gymnasien und Gesamtschulen Rheinland-Pfalz“ (LSV/GG) hat scharfe Kritik an den Mitwirkungsmöglichkeiten der Schüler in den Schulen und zu autoritären Direktoren geübt. „Das Schulsystem ist zu autoritär, die Schulleitung hat zu viel Macht. Man muss überdenken, ob eine solche an eine Person geknüpfte Machtposition sinnvoll ist“, sagt Benjamin Judith, Landesvorstandsmitglied der LSV gegenüber unserer Zeitung. Unter einem „besonders eigenmächtigen“ Schulleiter lebten Schüler „wie in einer Diktatur“. Viel zu oft würden Schüler bei Entscheidungsfindungen und Konflikten in der Schule übergangen. Das Hauptproblem liege in der zu autoritären Struktur der Schulen.

Solche Kritik aus Reihen der Schülerverbände ist nicht neu. Bereits im vergangenen Jahr sorgte Johannes Hensler, damaliger Landesschülersprecher des Saarlandes, für Aufsehen mit seiner Kritik an den Direktoren. Weil Direktoren zu oft über die Köpfe der Schüler hinweg entscheiden, entstünden häufig „Hass-Gefühle“ unter

den Schülern, hatte Hensler gegenüber unserem Zeitungshaus argumentiert. „Wer von Hass redet, sät ihn auch“, hatte der Landeschef des Philologenverbands im Saarland, Horst Günther Klitzing, daraufhin kritisiert.

Überrascht von Kritik

Das rheinland-pfälzische Bildungsministerium zeigte sich dennoch überrascht von der Kritik. Allerdings sei es ein bekanntes Anliegen der Landesschülervertretung, dass sie noch mehr Einfluss in der Schule verlangt und in allen Belangen gleichberechtigte Mitentscheidungsrechte fordere, teilte Wolf-Jürgen Karle, Pressesprecher des Ministeriums, auf Anfrage mit. Beschwerden über einzelne Schulleitungen geben es im Land „immer mal wieder“, aber gegenüber dem Ministerium bislang nicht als generelle Beschwerde der LSV. Tatsächlich hätten die Schüler eine ganze Reihe von Mitwirkungsmöglichkeiten: Mitwirkung an der Gesamtkonferenz, an deren Beschlüssen der Schulleiter gebunden ist, Einflussmöglichkeiten im Schulausschuss sowie Unterstützung durch Verbindungslehrer. „Im übrigen gibt es eine ganze Reihe von Beispielen dafür, dass (starke) Schulleiter den Einfluss der Schülerschaft und ihre Mitwirkungsmöglichkeiten verstärken“, sagt Karle.

Der LSV gehen diese Rechte nicht weit genug. So heißt es im Schulgesetz von Rheinland-Pfalz: „Die Schulleiterin oder der Schulleiter unterrichtet die Versammlung (der Klassensprecher, die Red.) über Angelegenheiten, die für die Schule von allgemeiner Bedeutung sind“ (§33, 1). LSV Sprecher Benjamin Judith hingegen fordert: „Unsere Vorstellungen entsprechen würde eine Lösung, in der die Schüler zu jeder Änderung befragt werden und mitentscheiden dürfen, weil es sie ja immer, auch indirekt, betrifft.“

„Interesse eklatant gering“

Zu geringe Möglichkeiten für Schüler, „demokratische Prozesse im schulischen Alltag selbst erleben und erproben zu können“, sieht auch Hans Berkessel vom Pädagogischen Zentrum des Landes Rheinland-Pfalz. Er ist zugleich Leiter des Projekts „Demokratie lernen & leben“ in Rheinland-Pfalz. Fast alle Bundesländer (nicht: Saarland, Niedersachsen und Bayern) nehmen an diesem Programm der Bund-Länder-Kommission (BLK) teil (siehe Stichwort).

Auf der anderen Seite sei aber auch das „Interesse der Mehrheit der Schüler an schulischen Fragen und an der Mitwirkung teilweise eklatant gering“, sagt Berkessel. „Vielleicht aber auch deshalb, weil der Eindruck besteht, dass man ja sowieso nichts zu sagen hat, nicht gehört wird, keine Veränderungen erreichen kann.“



Erlebte Demokratie: Bundestagspräsident Wolfgang Thierse, SPD, eröffnet im Oktober 2004 die Veranstaltung Jugend und Parlament im Plenarsaal des Reichstagsgebäudes, zu dem der Bundestag 300 Jugendliche eingeladen hatte.

Foto: Bundestag

MEINUNG

Wichtiger als Mathe-Noten

VON PM-REDAKTIONSMITGLIED
THOMAS ARNDT

Während die Schule potenziell alle Heranwachsenden erreicht, hat sie eine immense Bedeutung für die Sozialisation von Jugendlichen. Zu dieser Sozialisation gehört auch die Erziehung zur Demokratie. Das heißt aber nicht nur trockener Sozialkunde- oder Politikunterricht, sondern auch aktive Beteiligung an der Gestaltung der Schule. In Deutschland ist die Bereitschaft der Lehrenden dazu offensichtlich überraschend gering. Aus dem Drama von Erfurt, wo ein Schüler mehrere Mitschüler und Lehrer umbrachte, hat man die falschen Konsequenzen gezogen und die Autorität der Direktoren gestärkt. Doch Autorität kann Konflikte in der Schule nicht ausreichend lösen. Noch weniger: Sie wirkt kontraproduktiv. Nur wenn Schüler selbst erfahren, dass sie in der Gemeinschaft und mit eigenen Lösungen etwas verändern können, sind sie auch bereit, sich für Politik und Demokratie zu engagieren. Und daran tut es wirklich Not in Deutschland. Mehr als an besseren Mathe-Noten.

STICHWORT

„Demokratie lernen & leben“ ist ein Schulentwicklungsprogramm, bei dem Bund und Länder durch die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK) zusammenarbeiten. Normalerweise ist Bildung verfassungsgemäß Ländersache, aber gemeinsame Projekte sind möglich, wenn auch nicht bei allen Ministerpräsidenten gern gesehen. Bis auf Niedersachsen, Bayern und das Saarland nehmen alle Bundesländer mit Schulen an dem Projekt teil. In Rheinland-Pfalz sind es 15 Schulen. Insgesamt beteiligen sich in 13 Bundesländern rund 200 allgemeinbildende und berufliche Schulen. Das Programm startete bereits im Jahr 2002 und soll noch bis 2007 laufen. Ziel ist es, durch die „Demokratisierung von Unterricht und Schulleben die Bereitschaft junger Menschen zur aktiven Mitgestaltung an der Zivilgesellschaft zu fördern“ (BLK). Rheinland-Pfalz hat sich für den Aspekt „Entwicklung und Erprobung von Beteiligungsmöglichkeiten für Schülerinnen und Schüler in und außerhalb von Schulen“ entschieden. Einige Beispiele für solche Beteiligungsmöglichkeiten zeigen die vier kleinen Bilder rechts. Grundlage des Programms bildet ein Gutachten von Professor Wolfgang Edelstein vom Max-Planck-Institut für Bildungsforschung und von Professor Peter Fauser von der Universität Jena. Gefördert wird das Projekt vom Bundesbildungsministerium und den beteiligten Bundesländern. ta



BLK-Projekt „Demokratie lernen & leben“ in Rheinland Pfalz. In der Grundschule Trier-Biewer kontrollieren zwei Schüler der vierten Klasse die Hausaufgaben (Bilder oben). In der Grundschule Landau-Süd treffen sich Schüler alle 14 Tage, um die Vorschläge der Schulversammlung zu besprechen (unten, links). In Annweiler schlichten Schüler Konflikte. Foto/Quelle: Projektteam BLK RLP

„Wer mitwirken kann, ist bereit, Verantwortung zu übernehmen“

Für den Erziehungswissenschaftler Professor Dr. Gerhard de Haan von der Freien Universität Berlin hängen Demokratie an Schulen und gesellschaftliches Engagement eng zusammen

Professor Dr. Gerhard de Haan ist Projektleiter des Schulentwicklungsprogramms „Demokratie lernen & leben“. Mit Merkur-Redaktionsmitglied Thomas Arndt sprach er über den Entwicklungsbedarf deutscher Schulen in Sachen Demokratie und darüber, wie Jugendliche zu gesellschaftlicher Verantwortung motiviert werden können.

Haben die Landesschülervertreter Recht: Sind die Schulen noch nicht demokratisch genug, die Direktoren oft zu autoritär?

de Haan: Um es vorsichtig zu formulieren: Es gibt noch Entwicklungsbedarf. Zwar werden an den meisten Schulen Beteiligungsmöglichkeiten für Schüler angeboten, aber man findet sie selten auf allen vorhandenen Ebenen von Schule. Hinzu kommt, dass solche Beteiligungsmöglichkeiten noch zu wenig in Leitbild und Schulprogramm der einzelnen Schulen verankert sind.

Ist ein autoritärer Direktor vielleicht auch sinnvoll?

de Haan: Mit Autorität als Programm hätte ich meine Schwierigkeiten. Und die hätte ich wahrscheinlich nicht allein. Auch für Schüler, Lehrer

und Eltern ist programmatische Autorität oft ein Problem. Eine umfassende demokratische Schulkultur muss hingegen von allen Beteiligten getragen werden. Für die Direktion bedeutet das, ein anderes Selbstverständnis im Führen und Leiten zu entwickeln, als man es oft noch in deutschen Schulen findet. Gerade in der Organisation von struktureller Beteiligung liegt eine wichtige Aufgabe der Schulleitung.

Wie weit ist es überhaupt sinnvoll, Schüler an Entscheidungsfindungen und Konfliktlösungen in der Schule zu beteiligen?

de Haan: Erst wenn man Schülerinnen und Schüler an Entscheidungen beteiligt, ihre Position mit einbezieht, wird Schule tatsächlich zu ihrem Lebensraum. Das ist wichtig, denn meistens empfinden sie Schule ja ziemlich anders. Partizipation führt also zu einem Interesse an Mitgestaltung. Unsere Demokratie lebt und entwickelt sich fort, wenn wir Kinder und Jugendliche wirklich als Experten und Expertinnen in eigener Sache ernst nehmen und sie entsprechend beteiligen: Erleben junge Menschen, dass für ihre Ideen und Initiativen Raum ist, dass andere sich mit ihrer Meinung auseinandersetzen, dann motiviert dies zu de-

mokratischen Engagement. Kurz gesagt: Wer mitwirken kann und beteiligt ist, ist auch bereit, gesellschaftlich Verantwortung zu übernehmen.

Weshalb ist es für unsere Demokratie wichtig, dass Schüler sich schon in der Schule in demokratischer Mitbestimmung üben?

de Haan: Eins ist ja klar: Die Schule hat als einzige Institution die Chance,

ZUR PERSON



Gerhard de Haan (Foto: BLK) ist seit 1991 Professor für Allgemeine Erziehungswissenschaft und Umweltbildung an der Freien Universität Berlin. Dort

zentriert er sich auch auf die Erziehungswissenschaftliche Zukunftsforschung. Für die Bund-Länder-Kommission leitet er zusammen mit Professor Richard Münchmeier (ebenfalls FU Berlin) das Projekt „Demokratie lernen & leben“. ta

alle Kinder und Jugendliche zu erreichen und für die Demokratie zu gewinnen. Diese Chance sollten wir nutzen. Darüber hinaus hat Schule nicht nur den Bildungsauftrag, fachspezifisches Wissen zu vermitteln, sondern auch die Schüler auf ihr gesellschaftliches Leben vorzubereiten. Partizipation ist ein Erfahrungs- und Lernprozess: Menschen sind nicht fähig oder unfähig zur Partizipation, sondern sie entwickeln sich darin. Schule, die sich nicht nur als Lern-, sondern auch als Lebensraum begreift, sollte das berücksichtigen. Wenn jedoch Ohnmachtgefühle überwiegen und Kindern wie auch Jugendliche in der Schule Abwertung erleben – und dafür gibt es zahlreiche Belege – erhöht dies nicht nur die Resignation von und Depressionen bei Schülerinnen und Schülern, sondern oft auch noch die Schulangst.

Lernen unsere Schüler an den Schulen derzeit überhaupt ausreichend Demokratie?

de Haan: In Deutschland wird Partizipation in der Schule traditionell noch immer sehr stark unter dem Aspekt repräsentativer Beteiligung an der Verwaltung von Schule betrachtet. Darüber hinaus ist es jedoch wichtig,

die Schüler in allen Bereichen an der Gestaltung der gemeinsamen Lebenswelt Schule zu beteiligen, des sozialen Zusammenlebens ebenso wie des Unterrichts.

Welche Mitbestimmungsmöglichkeiten können Sie sich vorstellen?

de Haan: Es gibt hier vielfältige Möglichkeiten: Demokratisierung des Unterrichts durch kooperative Lernformen, Schülerfeedback, Klassen- und/oder Schulräte im Sinne einer „Just Community“, Streitschlichtung durch Schülerinnen und Schüler oder die Mitarbeit in den Steuergruppen der Schule. Es können aber auch Aufgaben für die Schule übernommen werden, wie dies Schülerassistenten durch selbstständig organisierte Pausen- und Freizeitangebote oder Schülerlotsen durch die Übernahme von Verantwortung für den Schulweg anderer bereits tun. Darüber hinaus ist es sinnvoll, eine Zusammenarbeit zwischen Schule und Gemeinde anzustreben. Ein Beispiel hierfür sind Service-Learning-Projekte, in denen Schüler aktiv an tatsächlich vorhandenen Aufgaben und der Lösung von Problemen in ihrer Gemeinde teilhaben, etwa bei einem Mentorenprogramm für Migrantenkinder. Dabei entwickeln die Schüler

umfängliche Kompetenzen. Sie erhalten die Möglichkeit, in der Schule erlerntes Wissen in authentischen Problemkontexten anzuwenden. Und durch die Zusammenarbeit mit verschiedensten gesellschaftlichen Gruppen in der Gemeinde entstehen soziale Bindungen und Kommunikation.

Haben Schüler Lust und Interesse an Demokratie, am Mitbestimmen?

de Haan: Zwar begegnen Schülerinnen und Schüler der Politik, den Parteien und der Herrschaftsdemokratie mit Skepsis, doch politische Projekte und die Lösung von Problemen, die ihre eigene Lebenswelt betreffen, sind für sie von hoher Relevanz. Aus der Jugendforschung wissen wir, dass mehr als zwei Drittel der Jugendlichen bereit sind, sich für etwas einzusetzen, wenn sie eine Mission, wenn sie ein Ziel haben – und zwar dort, wo sie leben und wohnen und ihre Beteiligung sichtbare Erfolge erzielen kann. Die Jugendlichen wollen sich politisch und gesellschaftlich engagieren, auch wenn sie herkömmlichen Politikstrukturen eher skeptisch gegenüberstehen. Bei Projekten, die ihnen sinnvoll erscheinen, steigt die Bereitschaft, sich auch weit über das normale Maß einzusetzen.